

Eins zu zehn

13.03.2006

FRANKFURT AM MAIN/BERLIN/NOUAKCHOTT

(Eigener Bericht) - Nach den jüngsten Flüchtlingskatastrophen vor der westafrikanischen Küste willigt Mauretanien in die Errichtung von Internierungslagern ein. In den vergangenen Tagen starben mindestens 45 Menschen bei dem Versuch, EU-Territorium auf den Kanarischen Inseln zu erreichen. Die Lager entstehen auf Druck der deutsch inspirierten EU-Politik zur Abwehr von Armutsströmen aus Afrika. Um weitere Fluchtbewegungen zu unterbinden, hat sich Mauretanien bereit erklärt, die von Berlin und Brüssel geforderte Sicherung seiner Außengrenzen zu intensivieren. Damit erreicht die hochtechnologisierte Abschottung der EU gegen die westafrikanischen Küstenstaaten ihren vorläufigen geographischen Endpunkt im Westen des Kontinents. Zugleich verschärft die Bundesregierung das sogenannte Zuwanderungsgesetz und erleichtert damit erneut die Abschottung des eigenen Territoriums zu Lasten der angrenzenden Transitstaaten. Die deutsche Politik ziele auf eine praktisch flüchtlingsfreie "Insellage" mitten in Europa und delegiere den Flüchtlingsschutz an die Länder entlang der EU-Außengrenzen, erklärt der Europaspescher von Pro Asyl, Karl Kopp, im Gespräch mit dieser Redaktion. Das Bundesinnenministerium bestätigt diese Entwicklung: Die Zahl der anerkannten Asylbewerber tendiert inzwischen gegen Null. mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56280>  
<<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56280>>

-----  
Übersetzung eines Interviews von Helena Maleno mit einem Einwanderer aus dem Spanischen (Mitte März 2006)

REFLEXIONEN EINES EINWANDERERS DER VON MAURETANIEN AUF DIE KANARISCHEN INSELN REISEN WIRD

Ich kenne diesen senegalesischen Kompanero seit dem wir uns im Wald von Ceuta im Jahre 2003 trafen. Ein intelligenter Mann, gebildet und kämpferisch, er wurde von Marokko nach Senegal abgeschoben nachdem was im spanischen Staat die Krise der Zäune genannt wurde. Jetzt versucht er es auf

eine andere Art, ein neuer Weg durch Mauretanien und erklärt uns ganz klar warum und lacht sehr über einige Informationen, die wir in den Kommunikationsmedien gehört haben.

"Weisst Du Helena, diese Route benutzte man schon im Jahr 2001, danach blieb sie versperrt, sie war sehr gefährlich und wir selbst forderten keine Sicherheit, also suchten wir den Weg über Algerien. Aus diesem Grund trafst Du mich im Jahr 2003 im Wald.

In Marokko kann man sich nicht in den Städten aufhalten, es gibt auch keine Arbeit, es ist nicht wie in Algerien, in Marokko arbeitet kein Schwarzer. Deswegen waren wir im Wald, das Leben war sehr hart aber Du weisst, dass wir

unsere Regeln hatten die uns ermöglichten, ausgeglichen zu sein uns es gab viel Solidarität.

Die Leute gelangten allmählich nach Ceuta, Du wartetest auf Deine Gelegenheit. Aber als Spanien anfang mit dieser Politik Marokko Geld zu geben, wurde alles extrem schwierig.

Die Europäer denken, dass wir keine BürgerInnen sind, dass wir keine politische Analyse besitzen, dass die Mafias, von denen sie reden, uns handhaben als wären wir dressierte Hündchen. Weisst Du, das ist eine andere Form von Rassismus.

Es ist wahr, dass es viele Analphabeten gibt, die das Land verlassen, aber

die Mehrheit sind Leute die studiert haben oder sich selber gebildet haben, das hängt von den Ländern ab. Aber selbst die Analphabeten, die weggehen, sind starke Leute. Stell Dir vor einer aus Mali, deren Gemeinschaft am seltesten Schlepper benutzt, viele haben keine Schulbildung, aber es ist es schwer für eine Mafia sie kontrollieren zu können, praktisch unmöglich. Ein anderer Fall ist der Handel von Frauen, aber diese Organisationen nehmen für

Eure Regierungen nur einen nachrangigen Platz ein, weil das viel mehr Geld bringt, als wir natürlich.

Gut kehren wir zur Politik von Spanien und Europa zurück, die Geld an die Länder geben durch die wir durchreisen. Stell Dir vor, das hat bewirkt das sich unsere Strategien offensichtlich geändert haben, weil die Staaten nichts machen können gegen die Personen.

Ich habe oft an die Nacht gedacht, in der wir alle zum Zaun gingen, es war eine Reaktion auf verschiedene Faktoren, aber eine direkte Antwort auf die europäischen Politiken. Marokko war interessiert, dass wir zum Zaun gingen um den Erhalt von europäischen Geld zu erzwingen und wir wussten, dass es die einzige Gelegenheit war. Sie zwangen uns zu diesem Massaker ...

Jetzt ist es das Gleiche, wir haben diese Route wieder eröffnet und wir müssen die Dinge schnell machen weil wir wissen, dass Europa, Spanien wieder

Geld geben wird um diesen Weg zu schliessen. Außerdem wissen wir, das die mauretanische Regierung erfreut sein wird über diese Hilfen, genauso wie die

marokkanische Regierung es ist. So wie die Zeit vergeht ist es ein Kampf gegen die Zeit, der neue Form der europäischen Politik zu begegnen."

"In den Medien wird von 10.000 und 15.000 Personen gesprochen, die auf eine Überfahrt warten. Einschließlich ein Journalist von EL Pais sagt, indem er eine Quelle der mauretanischen Regierung zitiert, dass es 5.000.000 EinwandererInnen gibt, die in Mauretanien arbeiten, um sich das Geld für die

Überfahrt zu verdienen. Sag uns mal Deine Sicht zu diesen Behauptungen."

" Ha ha ha, entschuldige dass ich lache. Wenn wir in Mauretanien arbeiten könnten und 1000 Euros sparen könnten, warum sollten wir dann nach Europa fahren. Es ist unglaublich, wie wir Afrikaner die Demokratie und die europäische Freiheit in den Himmel heben und das Komische was entsteht, wenn

Du siehst, wieviele Lügen sowohl in den europäischen als auch in den afrikanischen Medien stehen.

Genauso wie gesagt wurde, dass es 20.000 Wartende in den Wäldern in der Nähe

von Nador gäbe, unglaublich. Es stimmt, dass wir uns schnell bewegen, vor allen Dingen wie ich gesagt habe, wegen der Ergebnisse der neuen europäischen Politik, aber es sind nicht so viele wie gesagt werden.

Wir müssen das Geld für die Überfahrt und den voraussichtlichen Aufenthalt bekommen weil - wie immer man darüber denken mag - wir Devisen für die Transitländer sind.

"Die Medien sagen auch dass die cayucos, d.h. die Boote in denen ihr fahrt, gut ausgerüstet sind. Und ihr auch. Und sie sagen es in einem negativen Ton,

diesem Umstand der Vorbereitung der Mafias zuschreibend. Was denkst Du ?"

Wenn wir im Meer ertrinken sind wir die armen Schwarzen, Opfer der Mafias und wenn wir uns vorbereiten und schützen sind wir die Bösen und die Mafiosos. Das Thema ist, dass man uns nie als Gleichberechtigte behandelt und fortfährt die Bresche in der Distanz zwischen Europa und Afrika zu vergrößern. Nun gut, wenn ich 1000 Euro's bezahle für die Reise von der ich sehr wohl weiss, dass ich mein Leben auf's Spiel setze, dann werde ich - der

bezahlt - darauf drängen, dass die Dienstleistung so sicher wie möglich ist oder wenn nicht, gibt es keine Abmachung.

Außerdem sage ich Dir, dass es anders ist als in Marokko, Mauretanien ist ein Land wo es viele Farbige gibt und wenn das Boot von Senegal kommend

anlegt, kommt es aus einem schwarzem Land. In Marokko ist der Rassismus viel stärker und wenn eine handvoll Schwarzer stirbt, interessiert es die Leute weniger als hier. Die Marokkaner haben uns immer als Tiere angesehen. "Kannst Du uns mehr von Deiner Erwartung erzählen "

Nein, natürlich nicht und niemand wird es besser als Du verstehen. Wir sind gekommen um überzusetzen und uns bleibt vielleicht wenig Zeit. Wir wollen keine NGO's mit ihren humanitären Diskursen, auch nicht Journalisten die schreiben ohne Afrika zu kennen. Und alle kämen heiber, wie es in Ceuta und Melilla passiert ist und klar, vielleicht hilft es manchmal für irgendetwas, aber ich habe noch nie jemanden reden gehört von unserem Recht, dahin zu gehen wohin wir Lust haben.

Warum kommen die Europäer alle in den Ferien nach Senegal, zum Sextourismus mit korrupten Unternehmen und wir können nicht nach Europa fahren um zu arbeiten ?

"Beschreibe doch zumindest wie Du Dich fühlst"

Nervös, ich hoffe bald wegzukommen. Sehr nervös, da ich nicht schwimmen kann. Ich denke an meine Eltern, an meine Familie, auch an die Leute im Wald, an die Toten, die ich am Zaun sah. Ich nehmen an, dass Spanien nicht die Familien der Toten gesucht hat, um sie in ihrer Erde zu begraben und so denke ich, dass ich, wenn ich sterbe auch nicht in Senegal beerdigt werde. Dank meiner und der Misere von vielen anderen wie ich konnte sich eine korrupte Regierung wie die marokkanische die Taschen mit spanischem Geld füllen. Und nicht nur die Regierung, sondern auch marokkanische Menschenrechtsorganisationen haben sich ihre Taschen gefüllt. Und jetzt werden sich die Taschen der mauretanischen Regierung füllen. Nachher sagen sie, dass die Mafias verdienen, aber in Wirklichkeit nicht viel weniger als die korrupten Regierungen und die Organisationen, die um Menschlichkeit für die armen Schwarzen bitten. Wie Du siehst, bin ich auch wütend. Erinnerst Du Dich, wie ich in den Senegal abgeschoben wurde, ich sagte Dir, dass Du die Möglichkeit eines Arbeitsvertrages in Spanien sorgfältig überdenken solltest um mit Papieren zu reisen, aber es war nicht möglich, sodass ich mich hier vor dem Meer befinde. Mir ist sehr kalt aber ich bin sehr froh mit Dir erneut gesprochen zu haben und ich hoffe, dass wir uns in Spanien sehen.

-----

Junge Welt  
22.03.2006 / Ausland / Seite 7

Spanien will Flüchtlingslager in Mauretanien bauen  
Von Ralf Streck, Donostia-San Sebastián

Madrid. In der vergangenen Woche hatte Spanien angekündigt, gemeinsam mit Mauretanien gegen waghalsige Versuche verzweifelter Afrikaner vorgehen, mit nicht seetauglichen Booten die Kanarischen Inseln zu erreichen. Wie die spanische Tageszeitung El Pais am Dienstag meldete, hat das Verteidigungsministerium am gleichen Tag 35 Ingenieure nach Mauretanien geschickt. Sie haben den Auftrag, ein Flüchtlingslager in Nuadibú an der nordmauretanischen Küste aufzubauen.

In dem Lager sollen Schwarzafrikaner aus Mali und Senegal interniert werden, die von Spanien von den Kanarischen Inseln deportiert werden. Diese Abschiebungen verstießen gegen die spanische Verfassung, die Flüchtlingen das Recht auf Asyl gewähre, erklärten dazu Menschenrechtsgruppen. Die

Flüchtlinge hätten nicht einmal die Chance, einen Asylantrag zu stellen, von Einzelfallprüfungen gar nicht zu sprechen.

Der Aufbau des Flüchtlingslagers wird als humanitäre Aktion kaschiert. Die Abgeschobenen sollen in Mauretanien »würdige Bedingungen« vorfinden und nicht schlicht in der Wüste abgesetzt werden, heißt es. Genau das macht Marokko bis heute auf Druck Spaniens, seit es dort letztes Jahr zum Flüchtlingsansturm auf die spanischen Exklaven Ceuta und Mellila kam.

Die Flüchtlingskatastrophe auf dem 1 000 Kilometer langen Seeweg zwischen Mauretanien und den Kanarischen Inseln ist größer als zugegeben. Tausende Menschen sind vor den Kanaren in den letzten Monaten ertrunken. Die Guardia Civil sprach in einem Bericht bereits im Dezember 2005 von einem »Massensterben«. In 45 Tagen zwischen November und Dezember seien »1 200 bis 1 700 Menschen im Atlantik ertrunken«, heißt es darin. Konsequenzen gab es nicht, weil die Zahl derer, die die Urlauberinseln erreichten, sehr klein war. Inzwischen gehen auf den Kanaren jedoch täglich bis zu 300 Flüchtlinge an Land, und in Spanien wird vom »nationalen Notstand« geredet. Das Foto zeigt einen von 54 Flüchtlingen, die am vergangenen Freitag Los Christianos auf Teneriffa mit einem kleinen Boot erreichten.

-----  
22.03.06

Massensterben vor den Kanaren  
Bis zu 1700 Afrikaner in 45 Tagen ertrunken

Von Ralf Streck, San Sebastian

Flüchtling im mauretanischen Nouadhibou  
Foto: AFP

Die Zahl der Afrikaner, die auf dem Weg von Mauretanien auf die spanischen Kanarischen Inseln ihr Leben verloren haben, ist viel größer, als bisher angegeben wurde.

Schon im Dezember, so wurde am Dienstag bekannt, hat die spanische Guardia Civil einen Bericht verfasst, der die wahren Ausmaße des Flüchtlingsdramas zeigt.. Bereits damals ging die Militäreinheit davon aus, dass in 45 Tagen bis zu 1700 Menschen ertrunken sind, als sie versuchten auf die Kanarischen Inseln zu gelangen. Der Bericht hatte den aussagekräftigen Namen: »Massives Sterben von Einwanderern«.

Der Autor des Papiers, José Manuel García Varela, erklärte darin: »In den letzten 45 Tagen haben sich zwischen 2000 und 2500 Menschen mit kleinen Boote eingeschifft, um auf die Inseln zu kommen. Von denen sind nur 800 oder

900 angekommen, was bedeutet, dass zwischen 1200 und 1700 im Atlantik ertrunken sind«, schreibt der Vize-Operationsdirektor.

Letzte Woche hatte die spanische Regierung eingeräumt, einige hundert Menschen seien ertrunken, doch der Rote Halbmond bezweifelte sofort die Zahlen. Die Daten der Guardia Civil stützen nun die Angaben der Hilfsorganisation, weshalb von Tausenden Toten im letzten halben Jahr gesprochen werden muss. Diese Zahl kann wegen der großen Strecke von 1000 Kilometer, die nach den Kanaren zurückzulegen ist, allerdings nur geschätzt werden, viele Tote werden wahrscheinlich nie entdeckt.

Die Regierung erwidert darauf schwach, sie habe die Informationen der Guardia Civil nie erhalten. So versucht sie, ihre Untätigkeit angesichts der

»humanen Katastrophe« zu erklären, wie das Internationale Rote Kreuz die Vorgänge bezeichnet. Der Sprecher der regierenden Sozialisten (PSOE) erklärte im Parlament, er sei »überzeugt«, dass »sich der Bericht nicht in den Händen der Regierung befindet«. Sehr überzeugend klingt Alfredo Pérez Rubalcaba freilich nicht. Erst nachdem kürzlich 45 Tote geborgen worden waren, begann Madrid zu handeln. Nun hat die Regierung 35 Ingenieure des Verteidigungsministeriums nach Mauretanien geschickt, um eine Lager aufzubauen und dem Land Patrouillenboote zur Verfügung gestellt. In dieses Lager sollen Afrikaner per Schnellabschiebung deportiert werden. Dies kündigte die Vizeministerpräsidentin María Teresa Fernández de la Vega am Samstag an. Nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen ist dies jedoch illegal, weil das Recht auf eine Einzelfallprüfung ausgesetzt wird. Damit wird ein neuer Schritt zum Aufbau von Lagern in Afrika gemacht, die von der EU finanziert werden. Begründet wird das mit wiederum mit »humanitären Erwägungen«. Die Abgeschobenen sollen würdige Bedingungen erhalten und nicht schlicht in der Wüste abgesetzt werden, heißt es. Das hatte im vergangenen Jahr Marokko auf Druck Spaniens getan, um den Ansturm von Einwanderern auf die Exklaven Ceuta und Mellila abzuwehren. Erneut

hat Marokko diese Woche Afrikaner im verminten Niemandsland der Westsahara ausgesetzt. Wegen des Verfolgungsdrucks in Marokko sind die Menschen nach Mauretanien ausgewichen, was die humane Katastrophe erst heraufbeschworen hatte.

---

Dieser TELEPOLIS Artikel wurde Ihnen  
von bettina <[stang.b@web.de](mailto:stang.b@web.de)> gesandt.

---

"Massensterben" vor den Kanarischen Inseln  
Ralf Streck 24.03.2006

Die Abschottung Europas führt dazu, dass Flüchtlinge und Einwanderer immer gefährlichere Routen nehmen

Tausende Schwarzafrikaner haben in den letzten Monaten auf dem Weg von Mauretanien zu den spanischen Kanarischen Inseln ihr Leben verloren. Die spanische Regierung musste nun einräumen, Berichte über das "Massensterben" schon letztes Jahr erhalten zu haben. Nun baut Spanien in Mauretanien Lager für die auf, die im Schnellverfahren abgeschoben werden.

Im vergangenen Herbst versuchten (1) Hunderte Einwanderer und Flüchtlinge aus Afrika immer wieder die Grenzzäune zu den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla im Sturm zu nehmen (Ansturm auf die neue Mauer (2)). Dabei wurden von spanischen und/oder marokkanischen Sicherheitskräften etliche Menschen Spanische Gründlichkeit (3). Zum Teil wurde sogar scharf auf die unbewaffneten Menschen geschossen. Die Hintergründe sind bisher nicht wirklich aufgeklärt, aber die Lage hat sich aufgrund des Verfolgungsdrucks um die Exklaven derart beruhigt, dass das aufgezogene spanische Militär wieder abgezogen wurde.

Die Einwanderung nach Spanien wurde dadurch aber ebenso wenig beendet wie mit der Abschottung der Küste um die Meerenge von Gibraltar zuvor. Zunächst wurde dort der elektronische Schutzwall (Sive) aufgebaut, der danach auf die gesamte Südküste ausgeweitet wurde (Europa rüstet auf gegen Einwanderer (4)). Genau das hatte dazu geführt, dass viele den Weg über die von Marokko umschlossenen spanischen Exklaven suchten. Marokko schob, finanziert von Spanien und der EU, zahlreiche Schwarzafrikaner in Richtung Algerien und Mauretanien ab und setzte sie zum Teil schlicht ohne Wasser und Nahrung in der Wüste ab ( "Man muss die Flüchtlinge mit allem Respekt als menschliche Wesen behandeln"

(5)).

Einige versuchten dann ihr Glück in der von Marokko besetzten Westsahara (Überraschende Entscheidung zur Westsahara (6)), denn diese liegt nur knapp 100 Kilometer gegenüber der Kanarischen Inseln. Aber die Westsahara ist kein sicheres Pflaster. Seit dem Ausbruch der so genannten "Intifada" hat Marokko das Gebiet abgeriegelt (7)). Die Zahl der Polizei- und Militäreinheiten wurde vor den Feiern zum 30. Jahrestag der Ausrufung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) im Februar noch weiter verstärkt, um Proteste der Saharaouis gegen die Besatzung schon im Keim zu ersticken.

Angesichts der geographischen Verhältnisse war es klar, dass die Flüchtlinge und Einwanderer nach Mauretanien ausweichen. Mit kleinen Fischerbooten, "Cayucos" genannt, versuchen sie seit November letzten Jahres verstärkt die knapp 1.000 Kilometer über das Meer von Mauretanien zu den Kanarischen Inseln zurückzulegen. Das Ergebnis ist fatal. Inzwischen streitet auch die spanische Regierung nicht mehr ab, dass es dabei Tausende Tote gegeben hat.

"Eine stille Katastrophe, von der wir nur die Spitze des Eisbergs sehen"

Zuvor hatte sie versucht das Problem klein zu reden. Dabei hatte die spanische Guardia Civil schon im Dezember einen Bericht mit dem aussagekräftigen Titel verfasst (8): "Massives Sterben von Einwandern". Der Autor war der Vize-Einsatzdirektor der Militäreinheit, José Manuel García Varela:

--In den letzten 45 Tagen haben sich zwischen 2.000 und 2.500 Menschen in Paddelboote eingeschifft, um auf die Inseln zu kommen, von denen nur 800 oder 900 angekommen sind, was bedeutet, dass zwischen 1.200 und 1.700 im Atlantik ertrunken sind.--

Die sozialistische Regierung hatte zuerst behauptet, den Bericht nie erhalten zu haben, um die Untätigkeit vor der "humanitären Katastrophe" zu erklären, wie das Internationale Rote Kreuz die Situation bezeichnet. Deren Präsident Juan Manuel Suárez del Toro erklärte (9): "Es ist eine stille Katastrophe, von der wir nur die Spitze des Eisbergs sehen."

Am Dienstag musste Verteidigungsminister José Bono zugeben (10), dass die Regierung die Informationen sogar schon vor der Guardia Civil hatte. Sie stammten vom Geheimdienst (CNI), der die Regierung routinemäßig informierte. Gehandelt wurde in Madrid aber erst, als drei kürzlich 45 Tote vor den Kanaren geborgen wurden und täglich eine größere Zahl "Boat People" auf den Urlauberinseln ankamen. Dort fühlte man sich in der Ruhe derart gestört, weshalb die konservative Regionalregierung vom sogar von einem "nationalen Notstand" sprach.

Wie viele Menschen auf dem 1000 Kilometer langen Weg ihr Leben verlieren und verloren haben, darüber kann nur spekuliert werden. Der Rote Halbmond in Mauretanien schätzt, dass täglich 700-800 Menschen das Meer zu überschreiten versuchen. Da die bisherige Höchstzahl bei 331 Menschen liegt, die tatsächlich angekommen sind, kann man sich das Ausmaß der Katastrophe ausmalen.

Lager in Afrika, um die Flüchtlinge abschieben zu können

Seither wird in Madrid hektisch gearbeitet. Letzte Woche wurde eine Regierungsdelegation nach Mauretanien geschickt, um dem Land finanzielle und praktische Hilfe anzubieten. Das Ziel ist, die Einwanderer und Flüchtlinge im Vorfeld abzufangen, weshalb Mauretanien

auch Patrouillenboote erhält. Am Dienstag hat das Verteidigungsministerium 35 Militäringenieurere nach Mauretanien geschickt, die nun ein Lager in Nuadibú aufbauen. Spanien nutzt die Situation nun, um weitere Schritte in Richtung der EU-Lager in Afrika (11) voranzutreiben.

In dem ersten Lager sollen zunächst Schwarzafrikaner aus Mali und Senegal interniert werden, die man per Schnellabschiebung von den Kanaren deportieren will. Gesprochen wird von 170 Menschen. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International (12) und die Flüchtlingskommission (CEAR (13)) halten diese Abschiebungen für illegal, weil sie gegen die spanische Verfassung verstießen. Sie gewähre Flüchtlinge ein Recht auf Asyl, aber bei solchen Abschiebungen hätten sie keine Chance, einen Antrag zu stellen, von einer Einzelfallprüfung gar nicht zu sprechen. CEAR fordert (14) auch Aufklärung über den rechtlichen Status der "Aufnahmezentren" die Spanien in Mauretanien errichten will.

Das Spanien mit einem Land kooperiert, in dem es bis heute Sklavenhandel (15) gibt - offiziell wurde die Sklaverei erst 1980 abgeschafft -, spricht für sich. Interessant ist, dass die Lager ausgerechnet humanitär begründet werden. Die Abgeschobenen sollen in Mauretanien würdige Bedingungen erhalten, damit sie nicht schlicht in der Wüste abgesetzt werden, heißt (16) es. Allerdings hatte sich Madrid hinter Rabat gestellt, als Menschenrechtsorganisationen diese Praxis (17) angriffen, für die es mit der Organisation "Ärzte ohne Grenzen" Zeugen gab. Auch die Befreiungsfront für die Westsahara (Polisario) fand im verminten Gelände hinter der so genannten Sicherheitsmauer immer wieder von Marokko ausgesetzte Gruppen vor. Die Praxis hat Marokko nicht beendet. Erst letzte Woche hat Rabat erneut 81 Senegalesen im verminten Niemandsland ausgesetzt. Mauretanien hat sich geweigert (18), sie aufzunehmen.

Letztlich ist die Abschottungspolitik für die humane Katastrophe verantwortlich. Die Verantwortliche für Einwanderung der spanischen Regierung hat eingeräumt, dass die Einwanderer und Flüchtlinge nur die Routen gewechselt haben. Wieder einmal kündigt (19) Consuelo Rumí neue Schritte an. Die Zusammenarbeit mit den Transitländern und die Kontrolle durch die Polizei soll erhöht werden. Doch angesichts ihrer Lage, halten Flüchtlinge und Einwanderer daran fest, dass es immer einen Weg nach Europa gibt ( Es werden immer mehr Menschen kommen (20)). Nur wenn sich die Lebensbedingungen dort ändern, wird sich an dem Phänomen etwas ändern. Die Abschottung führt nur zu immer gefährlicheren Routen und immer mehr Opfern und wird die Lage weiter zuspitzen.

#### LINKS

- (1) <http://www.telepolis.de/r4/artikel/21/21064/1.html>
- (2) <http://www.telepolis.de/r4/artikel/21/21086/1.html>
- (3) <http://www.telepolis.de/r4/artikel/20/20851/1.html>
- (4) <http://www.telepolis.de/r4/artikel/20/20093/1.html>
- (5) <http://www.telepolis.de/r4/artikel/21/21153/1.html>
- (6) <http://www.telepolis.de/r4/artikel/13/13029/1.html>
- (7) <http://www.telepolis.de/r4/artikel/20/20284/1.html>
- (8)

[http://www.elperiodico.com/default.asp?idpublicacio\\_PK=5&idioma=CAS&idnoticia\\_PK=289624&idseccio\\_PK=11&h=060321](http://www.elperiodico.com/default.asp?idpublicacio_PK=5&idioma=CAS&idnoticia_PK=289624&idseccio_PK=11&h=060321)

(9)

<http://es.news.yahoo.com/14032006/44-89/cruz-roja-califica-catastrofe-avalancha-pateras-canarias.html>

(10) <http://www.elmundo.es/elmundo/2006/03/21/espana/1142959189.html>

(11) <http://www.telepolis.de/r4/artikel/21/21516/1.html>

- (12) <http://www.es.amnesty.org>  
(13) <http://www.cear.es/home.php>  
(14) <http://www.europapress.es/europa2003/noticia.aspx?cod=20060322180521&tabID=1&ch=69>  
(15) <http://www2.amnesty.de/internet/Gutachte.nsf/0/5915fc83bbb3873bc1256dcf0035b98f?OpenDocument>  
(16) [http://www.elpais.es/articulo/elpporesp/20060321elpepinac\\_14/Tes/espana/35/ingenieros/militares/van/Mauritania/levantar/campamento](http://www.elpais.es/articulo/elpporesp/20060321elpepinac_14/Tes/espana/35/ingenieros/militares/van/Mauritania/levantar/campamento)  
(17) <http://www.telepolis.de/r4/artikel/21/21153/1.html>  
(18) <http://www.lavanguardia.es/web/20060320/51238099623.html>  
(19) [http://actualidad.terra.es/sociedad/articulo/rumi\\_mauritania\\_anuncia\\_con\\_tactos\\_control\\_770421.htm](http://actualidad.terra.es/sociedad/articulo/rumi_mauritania_anuncia_con_tactos_control_770421.htm)  
(20) <http://www.telepolis.de/r4/artikel/22/22092/1.html>

Telepolis Artikel-URL:

<http://www.telepolis.de/r4/artikel/22/22317/1.html>

---

28.3.06 (dpa)

Spanien beginnt Abschiebung von Flüchtlingen nach Mauretanien

Madrid (dpa) Spanien hat damit begonnen, illegale afrikanische Zuwanderer von den Kanarischen Inseln nach Mauretanien abzuschicken. Wie die Polizeiführung in Madrid mitteilte, brachte am Sonntag eine Flugzeug eine erste Gruppe von 50 Flüchtlingen von der Insel Fuerteventura in die Hafenstadt Nouadhibou im Nordwesten des westafrikanischen Wüstenstaates. Die spanische Armee hatte zuvor in der Nähe der Stadt mit Zelten ein Aufnahmelager errichtet.

Dort sollten die überwiegend aus Senegal und Mali stammenden Afrikaner aufgenommen werden, bis sie in ihre Heimatländer zurückgebracht werden. Das Lager bietet etwa 200 Flüchtlingen Platz. Seit Jahresanfang waren über 3000 Flüchtlinge mit Booten von Westafrika - überwiegend von Mauretanien aus - auf die Kanarischen Inseln gelangt.

Die spanische Regierung kam daraufhin mit Mauretanien überein, gemeinsam dem Flüchtlingsstrom Einhalt zu gebieten. Spanien stellte den Mauretanien neben dem Zeltlager Patrouille-Schiffe zur Überwachung der Küste zur Verfügung. Mauretanien erlaubte im Gegenzug die Rückführung eines Teils der Flüchtlinge.

---

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56449>

10.08.2006

Der Herr der Meere

BERLIN/BRÜSSEL/DAKAR/TRIPOLIS (Eigener Bericht) - Die unter deutscher Beteiligung eskalierende Flüchtlingsjagd vor den Küsten Afrikas stößt auf Widerstand. Die Regierungen des Senegal und Libyens weigern sich, ihre Hoheitsgewässer für EU-"Grenzschutzkommandos" zu öffnen, und verweisen auf unethische Praktiken der europäischen Staaten. Trotz der fehlenden Zustimmung des Senegal haben EU-Grenzschutzkreise am gestrigen Mittwoch die Entsendung eines Patrouillenbootes in die Küstengewässer vor Dakar angekündigt - ein offener Affront gegen das westafrikanische Land. Die

EU-Grenzschutzagentur Frontex, die das Vorhaben steuert, ist inzwischen auch auf der italienischen Insel Lampedusa und auf Malta tätig; auf Malta war es kürzlich zu ersten Aufständen in einem europäischen Flüchtlingslager gekommen. Wie EU-Innenkommissar Franco Frattini bestätigt, äußert Berlin "großes Interesse" am Aufbau von Frontex-Spezialeinheiten ("Rapid Border Intervention Teams") und hat "ein außerordentlich großzügiges Angebot zur Teilnahme" unterbreitet.

An Händen und Füßen gefesselt

Der bereits für Juli angekündigte offizielle Beginn der EU-Flüchtlingsjagd vor der westafrikanischen Küste verzögert sich weiter. Während die in Warschau ansässige Grenzschutzagentur Frontex verbreiten lässt, der Aufschub sei durch Probleme bei der Umschichtung von Haushaltsposten nötig, stößt Brüssel tatsächlich auf Widerstand im Senegal. Die Regierung des westafrikanischen Landes hatte sich zunächst für Maßnahmen der Flüchtlingsabwehr zur Verfügung gestellt und Landungen spanischer Flugzeuge gestattet. Die Maschinen kamen von den Kanarischen Inseln und sollten die dort gestrandeten Personen abschieben. Berichten zufolge war man in Dakar aufgebracht, als senegalesische Beamte an Bord der Flugzeuge afrikanische Migranten antrafen, die an Händen und Füßen gefesselt waren. Zugleich wurde festgestellt, dass die Abschiebebehörden des EU-Mitglieds Spanien Flüchtlingskinder einer Sonderbehandlung aussetzten und die Minderjährigen von ihren Eltern losrissen - wegen angeblich fehlender Personalausweise. Die senegalesische Regierung weigert sich seitdem, europäischen Exekutivorganen einen Freibrief für Handlungen auf ihrem Hoheitsgebiet zu erteilen, wie ihn Brüssel für die Migrationsbekämpfung verlangt.

Schiffe, Flugzeuge, Hubschrauber

Daraufhin wurde vom Senegal gefordert, den Einsatz eines EU-Patrouillenbootes zuzulassen, das flüchtende Afrikaner in den Grenzgewässern jagen soll. Trotz ausdrücklicher Zurückweisung des ultimativen Verlangens haben EU-Behörden gestern angekündigt, das Schiff in das westafrikanische Land zu entsenden.[1] Boote, Flugzeuge und Hubschrauber sollen gleichzeitig auch nach Mauretanien und Kap Verde starten; beide Länder haben zugesagt, Aktivitäten von Exekutivorganen europäischer Staaten auf ihrem Territorium zu dulden. Der Einsatz wird von Berlin unterstützt, das bereits deutsches Personal für einen Frontex-Trupp auf den Kanarischen Inseln zur Verfügung gestellt hat; die Einheit widmet sich dort seit dem 17. Juli der Identifizierung der Flüchtlinge und schafft damit die Voraussetzung für deren Abschiebung.[2] Der im Aufbau befindliche Frontex-Einsatz unterstellt die gesamte westafrikanische Küste bis zum 13. Breitengrad sowie weite Gebiete im Atlantik (Kap Verde) deutsch-europäischer Kontrolle. Mit einem baldigen Nachgeben des Senegal wird gerechnet: Das Land, ein Schwerpunktgebiet der so genannten deutschen Entwicklungshilfe, ist in überdurchschnittlichem Maße von westlichen Zahlungen abhängig.

Jason 1

Frontex-Einsatztrupps sind inzwischen auch auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa sowie auf Malta tätig. Auf Lampedusa bereitet die

EU-Agentur Schiffspatrouillen vor, die das weitere Anlanden von Flüchtlingen verhindern sollen. Ende Juli hatte der deutsche Innenminister seinem italienischen Amtskollegen angeboten, zusätzlich Beamte der Berliner Bundespolizei auf die Insel zu entsenden.[3] Auf Malta haben sich in den vergangenen drei Monaten mehrfach Frontex-Mitarbeiter aufgehalten, um mit den dortigen Behörden einen "Hilfsplan" auszuarbeiten. Das Land verzeichnet ebenso wie Lampedusa und die Kanarischen Inseln einen dramatischen Anstieg der Flüchtlingszahlen und war vor mehreren Wochen Schauplatz der ersten Massenaufstände in europäischen Flüchtlingslagern (german-foreign-policy.com berichtete).[4] Auch auf Malta befasst sich der Frontex-Trupp mit der Identifizierung von Migranten, um ihre Abschiebung zu erzwingen. In wenigen Wochen soll der Inselstaat zudem in die für Lampedusa vorgesehenen Schiffspatrouillen eingebunden werden. Die Ausführung der weite Teile des Mittelmeers betreffenden Frontex-Operation ("Jason 1") ist vorwiegend italienischen, maltesischen und griechischen Kräften übertragen worden, für den Einsatz sind auch Kriegsschiffe vorgesehen.[5] Sie bedienen sich deutscher High-Tech-Elemente, wie sie auch bei der Flüchtlingsjagd in Osteuropa zum Einsatz kommen.

#### Freie Schifffahrt

Schwierigkeiten bereitet den Frontex-Planern die anhaltende Weigerung Libyens, sein Territorium für die EU-Einsatzkräfte zu öffnen. Wäre es mit Zustimmung Tripolis' rechtlich zulässig, Flüchtlingsboote in libyschen Hoheitsgewässern zu stoppen und zurück an Land zu zwingen, so scheint ein entsprechendes Vorgehen außerhalb des libyschen Küstenbereichs nur unter schwerem Bruch des internationalen Seerechts möglich. Dieses überantwortet Schiffbrüchige dem rettenden Helfer, der sich um Anlandung in den nächst gelegenen Häfen bemühen muss. Würden die Migranten durch die Frontex-Flotte nicht in libyschen, sondern in maltesischen Hoheitsgewässern aufgegriffen, müsste das EU-Mitglied Malta sie aufnehmen. Dagegen verwahrt sich die Regierung in Valletta, da die Flüchtlingsjagd der EU nicht Rettungszwecken dient, sondern der Abriegelung des europäischen Reichtumskerns.[6] Frontex wird die Migranten also in internationalen Gewässern aufgreifen müssen, wo allerdings die freie Schifffahrt rechtlich garantiert ist - auch für Flüchtlinge. Die Behörden Italiens und Maltas bemühen sich derzeit, juristische Legitimationen für den beabsichtigten, offenkundig rechtswidrigen Eingriff in den Schiffsverkehr zu finden.[7]

#### Fünftausend Tote

Dass dabei zusätzlich Grundsätze des Asylrechts in flagranter Weise verletzt werden, steht für die EU-Jäger außer Frage. Zwar könnten ein Prozent der Bootsflüchtlinge das Recht auf Asyl mit Aussicht auf Erfolg beanspruchen, heißt es in der maltesischen Presse unter Verweis auf "Quellen" in der Flüchtlingsabwehr.[8] Jedoch sei es Aufgabe der Frontex-Flotte, selbst diese Minderheit von den EU-Küsten fernzuhalten. Nach offiziellen Angaben internationaler Beobachter sind der EU-Migrationspolitik im Mittelmeer bisher etwa 5.000 Menschen zum Opfer gefallen. Andere Quellen sprechen von 12.000 bis 14.000 Toten allein in der Meerenge von Gibraltar. Mehrere Ertrunkene wurden in den vergangenen Tagen auf den Kanarischen Inseln angeschwemmt.

Die in Warschau ansässige EU-Grenzschutzagentur Frontex, bei der die europäischen Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr zentralisiert werden, stützt sich auf der EG-Verordnung Nr. 2007/2004 des Europäischen Rates vom 26. Oktober 2004. Zu ihren Aufgaben gehören die "Koordinierung der operativen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen", die "Unterstützung der Mitgliedstaaten in Situationen, die eine verstärkte technische und operative Unterstützung an den Außengrenzen erfordern", sowie die "Bereitstellung der notwendigen Unterstützung für die Mitgliedstaaten bei der Organisation gemeinsamer Rückführungsaktionen".[9] Zudem baut Frontex einen Personalpool von 250 bis 300 "Fachkräften" auf, aus dem bei Bedarf Schnelle Einsatztrupps ("Rapid Border Intervention Teams") zur Flüchtlingsabwehr zusammengestellt werden können. EU-Innenkommissar Franco Frattini zufolge hat Berlin "ein außerordentlich großzügiges Angebot zur Teilnahme" an den Frontex-Trupps gemacht.[10] Wie der Parlamentarische Staatssekretär beim deutschen Bundesinnenminister, Peter Altmaier, nach einem Besuch bei Frontex bekräftigt, wird sich Deutschland auch weiterhin an Einsatzmaßnahmen wie derzeit auf den Kanarischen Inseln und im Mittelmeer beteiligen und die Behörde während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft bei ihrer "operativen und strategischen Weiterentwicklung unterstützen".[11] Zur Entwicklung der europäischen Flüchtlingsabwehr und zu den hinter ihr stehenden deutschen Strategien lesen Sie auch unser EXTRA-Dossier Festung Europa.

Lesen Sie auch Auszüge aus der EG-Verordnung über Frontex.

[1] El primer avión del operativo Frontex llegará probablemente hoy a Los Rodeos; El día 09.08.2006

[2] La UE no sabe cuándo empezará el control marítimo frente a Canarias; El país 08.08.2006

[3] Agenti tedeschi a Lampedusa presto controllati internazionali; La Repubblica 27.07.2006

[4] s. dazu Lagerrevolten

[5] Illegal migration patrols to start in four weeks' time; timesofmalta.com 06.08.2006

[6], [7] Border patrols in limbo; The Malta Times 06.08.2006

[8] Illegal migration patrols to start in four weeks' time; timesofmalta.com 06.08.2006

[9] Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates vom 26. Oktober 2004 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union; Amtsblatt Nr. L 349 vom 25/11/2004 S. 0001 - 0011. german-foreign-policy.com dokumentiert Auszüge aus der Verordnung.

[10] Deutsche Polizisten sollen Grenzen in Spanien schützen; Die Welt 20.07.2006

[11] Staatssekretär Altmaier besucht FRONTEX in Warschau; [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) 02.08.2006

--

-----

More news at [www.news24.com](http://www.news24.com)

Read the story online:

[http://www.news24.com/News24/Africa/News/0,9294,2-11-1447\\_1905453,00.html](http://www.news24.com/News24/Africa/News/0,9294,2-11-1447_1905453,00.html)

## Spain expels African illegals

Mar 27 2006 12:20:10:390PM

*Spain has begun expelling African would-be immigrants to Mauritania, from where they will be sent back to their countries.*

Madrid - Spain has begun expelling African would-be immigrants to Mauritania, from where they had travelled to the Canary Islands, said reports on Monday.

According to reports, instead of being taken to a Spanish-built camp in the port of Nouadhibou, from where most of them had left for the Canaries, the first group comprising 50 Senegalese and Malians were taken to Nouakchott in order to send them straight back to their countries.

The immigrants arrived on Sunday in Nouadhibou, where the Spanish army had built a reception centre for about 200 Africans who were to be expelled from the Canaries after Mauritania agreed to take back people who had transited through its territory to make the 800km sea crossing to the Spanish archipelago.

### Security forces criticise camp

The migrants were to have decent living conditions, food and health care at the camp before being repatriated.

The reports said that instead of taking the immigrants to the camp, Mauritania started transporting them to the Malian and Senegalese borders.

Mauritanian security forces had criticised the camp, saying immigrants could easily leave it and embark on new boats for the Canaries.

But, a Spanish representative of the camp said immigrants would be lodged there as soon as a few "extra tasks" had been completed.

Some immigrants told the daily El Pais that they had not even known they were being taken back to Mauritania, but thought their plane was flying to Madrid.

### Spain increasing cooperation with Mauritania

More than 3 000 illegals had traveled this year from Mauritania or Western Sahara to the Canary Islands, which were unable to cope with the influx.

Illegals were increasingly leaving from Mauritania after Morocco stepped up surveillance following massive attempts by migrants to enter the Spanish enclaves of Melilla and Ceuta in the autumn.

Spain was increasing cooperation with Mauritania, such as joint patrols and training of security forces, to help it patrol its coast.

As a consequence, boats carrying illegals had now begun leaving from Senegal further down south for an even longer and more dangerous sea voyage to the Canary Islands.

More than 1 000 immigrants were estimated to have drowned after setting sail from Mauritania in just a few months.